

Grottkauer Zeitung.

Nr. 3.

38. Jahrgang.

1918.

Die „Grottkauer Zeitung“ erscheint wöchentlich zweimal:
Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich in der Geschäftsstelle 1 Mark,
durch die Post bezogen 1 Mark 30 Pfennig. Für einen Monat
35 Pfennig. Einzelnummern kosten 5 Pfennig.
Bei Ausbruch von Konturufen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder verspäteter Zahlung wird der gewährte Rabatt zurückgezogen. Erfüllungsort für Zahlung ist Grottkau.

Mittwoch den 9. Januar

Anzeigen-Gebühren für die fünfmal gepaltene Beitzelle oder
deren Raum 15 Pfg., Melame 25 Pfg. Bei dreimaliger Wieder-
holung 10 Prozent Rabatt. Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle
Ring Nr. 1, Dienstag und Freitag bis **spätestens 11 Uhr**
vormittags entgegen.

Der Weltkrieg.

Rußland und wir.

Die Tatsache, daß der englische Botschafter in Petersburg plötzlich erkrankte und durch einen Politiker, vielleicht den Arbeiterführer Henderson, ersetzt werden soll, dem es im Gegensatz zu Buchanan möglich wäre, die Regierung Lenins-Trotski anzuerkennen, zeigte, woher der neueste Petersburger Wind weht. Wie J. Z. den Herrn Kerenski, so hat die Entente durch Entstellungen und Versprechungen jetzt augenscheinlich die Regierung der Bolschewiki zu umgarnen und ihr einzureden verstanden, daß Deutschland und die Vierbundmächte überhaupt ein falsches Spiel spielten und die guten Bolschewiki-Seelen ganz fürchterlich zu überlisten trachteten. Wie lange diese Suggestion wirksam bleiben wird, müssen wir abwarten und können wir dank der Kriegslage und dem alle anderen Rücksichten umstoßenden, schrankenlosen Friedensbedürfnis des gesamten russischen Volkes in Ruhe abwarten. Daß die Verhandlungen ohne Zwischenfälle verlaufen würden, war wohl von niemandem vorausgesehen worden. Schon ihre volle Öffentlichkeit ermöglichte und erleichterte der Entente Störungsversuche, die selbstverständlich von den Gegnern eines Vorfriedens wie des allgemeinen Friedens mit Eifer unternommen wurden. Da in Brest-Litowsk die Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine fortgesetzt werden, so ruht die Friedensaktion nicht. Die russische Regierung aber hatte bis zum Montag, dem Termin der hienütigen Räumigungsfrist des Waffenstillstandes, Zeit und Gelegenheit zu überlegen, ob ein erneuter Anschluß an die Entente oder ein ehrlicher, und Rußland in keiner Weise als Besiegten treffender Friede mit dem Vierbunde für das russische Volk das Heilsamere sei.

Die strittigen Punkte.

Die Forderung, den Verhandlungsort von Brest-Litowsk nach Stockholm zu verlegen, ist so absurd, daß ihre einmütige Ablehnung durch alle Vierbundstaaten eine Selbstverständlichkeit war. Die Russen hatten am letzten Verhandlungstage im alten Jahre ausdrücklich zugesagt, sich am 4. Januar zur Fortsetzung und Beendigung der Verhandlungen in Brest-Litowsk wieder einzufinden. Ihr undisfunktibler Vorstoß auf Verlegung der Konferenz nach Stockholm ist ihnen von den Entente-mächten eingeblüht worden, denen es auf eine Verschleppung und Störung des Friedenswerkes ankommt. Die Bolschewiki-Regierung dürfte über diesen Punkt schnell zur besseren Einsicht gelangen. Schwieriger könnten die Meinungsverschiedenheiten über die Volksabstimmungen und die Räumung der besetzten Gebiete erscheinen; in Wirklichkeit liegen jedoch auch hier keinerlei Schwierigkeiten vor, die zu einem Bruche führen müßten. Die Russen fordern, daß die besetzten Gebiete sofort beiderseits geräumt werden; wir dagegen wollen erst nach dem endgültigen Abschluß des Friedens und der vollständig durchgeführten Demobilisierung der russischen Armee zur Räumung schreiten, wogu wir angesichts der doch keineswegs festgestellten innerpolitischen Verhältnisse Rußlands im Interesse unserer Sicherheit einfach gezwungen sind. Was endlich aber das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und die Volksabstimmungen betrifft, so steht der Vierbund auf dem Standpunkt, daß diese Fragen in der Hauptsache bereits gelöst sind, und daß die russische Regierung den Beschluß Polens, Ostlands und Litauens, aus dem russischen Reichsverbande auszuscheiden, anzuerkennen habe. Dem russischen Verlangen nach einer auf breiterer Grundlage vorzunehmenden Volksabstimmung ist der Vierbund überdies durch die Einwilligung zu einer nachmaligen Volksabstimmung entgegengekommen. Dafür, daß diese zweite Abstimmung in keiner Weise durch die nun einmal noch notwendige militärische Okkupation beeinträchtigt werden würde,

bieten unsere militärischen und bürgerlichen Behörden selbstverständlich volle Sicherheit. Jeden Argwohn nach dieser Richtung hin müßten wir als eine Beleidigung empfinden und zurückweisen.

Was nun?

Wenn diese Zeilen in die Hände unserer Leser gelangen, ist die Lage wohl schon geklärt als im Augenblick, da sie geschrieben wurden. Ein Doppeltes aber ist es, was uns der aufgeworfenen Frage gegenüber unsere volle Ruhe und Sicherheit bewahrt. Einmal die auf die Kriegslage gegründete volle und unbedingte Einmütigkeit der Vierbundstaaten untereinander und der Parteien innerhalb dieser Staaten. Und uns andere die Tatsache, daß Rußland zur Fortsetzung eines Krieges ganz außerstande ist. Wie die Dinge daher auch im einzelnen verlaufen mögen, wir sehen ihrem Ausgang mit Zuversicht entgegen; die Westmächte aber werden, und hoffentlich recht bald, um eine neue und bittere Enttäuschung reicher sein.

Aus der Kampffront und zur See.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der flandrischen Front östlich von Ypern in einzelnen Abschnitten zwischen Scarpe und Somme sowie in der Gegend von Woocourt und St. Mihiel entwickelten sich zeitweilig lebhafteste Feuerkämpfe. An der übrigen Front blieb die Artillerietätigkeit auf Störungsfeuer beschränkt.

Westlich von Bullecourt hatte eine gewalttätige Erkundung vollen Erfolg und brachte eine größere Anzahl gefangener Engländer ein.

Deftlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Russen für das amerikanische Heer. Die Amerikaner versuchen, die Lage an der russischen Front, insbesondere die augenblickliche Bedrängnis mancher russischer Offiziere wegen der ungeregelten Löhnungsverhältnisse für ihre Zwecke auszunutzen. In Jassy befindet sich eine amerikanische Militärmission und in Galatz ist gleichfalls ein amerikanisches Bureau aufgemacht worden, die beide die Anwerbung russischer Offiziere und Soldaten für die amerikanische Armee betreiben. Durch das Angebot hoher Gehälter hofft man, die russischen Offiziere zum Uebertritt in das amerikanische Heer zu überreden.

An der mazedonischen Front keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Zwischen der Brenta und dem Montello lebte das Artilleriefeuer vorübergehend auf.

21000 Tonnen versenkt.

Im östlichen Armeekanal sind von unseren U-Booten kürzlich 21 000 Tonnen vernichtet worden. Sämtliche Schiffe waren schwer beladen und bewaffnet und fuhren bis auf eins unter starker Sicherung. Ein tiefbeladener, bewaffneter großer Tankdampfer, der Kurs auf Cherbourg hatte, wurde aus einem starken, durch viele Fischdampfer und schnelle U-Bootherkörpers gesicherten Geleitzug herausgeschossen. An dem Erfolge, der unter erdauernden Verhältnissen errungen und darum um so anerkannterwert ist, war in erster Linie ein kleines U-Boot betätigt, das unter der schneidigen Führung seines Kommandanten Oberleutnants zur See Steindorff im Dezember vorigen Jahres durch schnelles Arbeiten in zwei Unternehmungen insgesamt 22 500 Tonnen vernichtet hat.

36000 Tonnen versenkt.

Eines unserer Unterseeboote hat im Mittelmeer die

Hochöfen und Schmelzwerke von Biombino wirkungsvoll beschossen. Schneidigen U-Boot-Angriffen sind im westlichen Mittelmeer letzthin acht Dampfer und drei Segler mit rund 36 000 Raumtonnen zum Opfer gefallen. Die Dampfer, die mit Ausnahme von einem beladen waren, fuhrten sämtlich in stark gesicherten Geleitzügen. Einer der Dampfer hatte Munitionsladung für Italien; er ging fast augenblicklich nach dem Torpedotreffer unter. Auch die übrigen Schiffe waren überwiegend Transporter nach Genua. Ihr Verlust bedeutet für Italien einen empfindlichen Ausfall an Kriegsmaterial. Mit welcher Umsicht und Geschicklichkeit die Geleitzüge angegriffen wurden, zeigt die Tatsache, daß in einem Fall aus einem Geleitzug in 23 Minuten drei Dampfer herausgeschossen, in einem anderen ein aus zwei Dampfern bestehender Geleitzug vernichtet und aus einem weiteren Geleitzug von drei Schiffen in Doppelschuß zwei Dampfer versenkt wurden. Unter den versenkten Dampfern, die alle bewaffnet waren, befanden sich 2 italienische Dampfer. Zwei der versenkten Segler, darunter ein italienischer Schnur, hatten Schwefel, der dritte Kohlen geladen. Während der Versenkung des einen Seglers wurde das U-Boot von einer Landbatterie bei Kap San Vito (Sizilien) beschossen, die Batterie jedoch durch das Boot zum Schweigen gebracht.

Mitteilung der Obersten Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 7. Januar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Stellungsbogen östlich von Ypern und in einzelnen Abschnitten zwischen den von Arras und Peronne auf Cambrai führenden Straßen entwickelten sich am Nachmittag heftige Artilleriekämpfe. Auch zwischen der Dieppe und der Aisne, beiderseits von Ornes und auf dem Westufer der Mosel war das Artillerie- und Minenfeuer gesteigert. Die Kampftätigkeit der Infanterie blieb auf Erkundungen im Vorfeld der Stellungen beschränkt.

Deftlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische und Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

WEH. Der Erste General-Quartiermeister.
Ludenendorff.

Berlin, 7. Januar, abends. (Amtlich.) Die erhöhte Feuertätigkeit im Stellungsbogen nordöstlich von Ypern dauert an. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. WEH.

Amtlicher österreichischer Tagesbericht.

Wien, 7. Januar. Amtlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

WEH. Der Chef des Generalstabes.

Der Hauptauschuß.

Nachdem die Reichstagsmehrheit mit der Regierung sich darüber verständigt hatte, daß der Zusammentritt des Reichs zur Befreiung der Westfront Verhandlungen im Augenblicke ungewinnlich sei, einigte man sich dahin, daß der Hauptauschuß mindestens vier Tage zusammenzuleben und Hand in Hand mit den Regierungsvorstößen sehr eingehende Beratungen vorzunehmen

solle. Da den Fraktionen gleichfalls Zeit zu Besprechungen gelassen werden soll, so sollen die täglichen Ausschüsse nicht zu weit ausgedehnt werden. Es sind vier Verhandlungsabteilungen für den Austausch der politischen Fragen, der Gesandtschaften, die handelspolitischen und die Rechtsfragen. Dieses System ist so bemessen und umfassend, daß der Austausch erst in der zweiten Hälfte des neuen Jahres wieder voll ausgearbeitet werden können. Die Besprechungen werden im Februar ihren Anfang nehmen. Auch im vorigen Jahre wurde der Etat erst im Februar eingebracht und doch noch rechtzeitig erledigt. In Kriegsjahren geht die Arbeit rascher als in friedlichen Zeitläuften.

Ueberrückungsmöglichkeiten.

So flott und erfolgreich die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk verlaufen, so wenig berechnete sie doch zu blinder Hoffungslosigkeit. Nach Lage der Verhältnisse in Rußland und angesichts der verzweifelten Situation der Westmächte war und blieb vielmehr mit dem Eintritt möglicher Ueberrückungen zu rechnen. Das war der Kern der Darlegungen, mit denen der Reichskanzler die Ausschüsse der Verbündeten informierte. Der Kanzler begründete die durch den Zusammenbruch des russischen Gebotens ermöglichte Ueberrückung der Verhandlungen mit der Notwendigkeit, die politischen, wirtschaftlichen und militärischen, welche dann aber unter allgemeiner Bewegung: die Mitteilungen, die gemacht werden sollen, gelten für die Vergangenheit und für heute; ob sie für morgen auch noch gelten, könne man nicht wissen. Auf Zwischenfälle mußte man stets gefaßt sein. Das Schlußwort des Grafen Hertling lautete jedoch beruhigend, indem es in die Beruhigung auslief: Wir haben gute Hoffnung, die Sache zu einem befriedigenden Ende zu führen.

Wenig Neues.

Da die Brest-Litowsker Verhandlungen vor breiter Öffentlichkeit geführt wurden, so konnte der Stellvertreter des Herrn von Kühlmann, der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, von dem Ausgange dem Ausschusse nicht viel Neues mitteilen. Er rekapituliert die bekannten Vorgänge, die zum Waffenstillstand und im unmittelbaren Anschluß daran zur Aufnahme der Friedensverhandlungen führten, und ging dann in verteilten Darlegungen auf die Territorial- und Wirtschaftsfragen ein, wobei er betonte, daß die Russen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ausgingen und die Wiederherstellung dieses Rechtes für jede Nation bis zur Trennung vom Staatsverbande fordernden. Abg. Engelbrecht erklärte namens des Zentrums, daß jene Freunde der Verbündeten mit dem ganzen russischen Volke wünschen und daß sie die Möglichkeit dazu in dem Selbstbestimmungsrecht der Völker erblickten, den sich der Reichstag in dem Sinne anschließen würde, wie er in Brest-Litowsk von beiden Seiten geltend gemacht wurde. Der Sozialdemokrat, Abg. Davis, trat in zum Teil scharfen Bemerkungen für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ein. Die Anerkennung dieses Rechtes sei die einzige Friedensgarantie. Weiter erklärte sich gegen die von Deutschland geforderte Einschränkung, die als gewisse Annullationsabsicht ausgelegt werden könnte. Das war alles, was der erste Tag der mit so großen Erwartungen entgegengesehenen Ausschüsse brachte; es war, von der Kanzlerwarnung abgesehen, wenig.

Eine neue Regierungs-Erklärung. — Trotski kommt nach Brest-Litowsk.

Im Hauptauschuß des Reichstages gab der Unterstaatssekretär von dem Ausgange folgende Erklärung ab: Der Herr Reichskanzler hat gestern die Information der russischen Presse zurückgewiesen, daß wir uns in inoffizieller Weise unserer Frage betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollten. Im Anschluß an diese Erklärung stelle ich im ausdrücklichen Auftrage des Herrn Reichskanzlers das Folgende fest:

„Der Standpunkt des Herrn Reichskanzlers zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bleibt unverändert, aber dieser Standpunkt darf keine Deutung finden, die lediglich von den Interessen der Entente ausgeht. Als die in der neutralen Presse veröffentlichte Darstellung, als ob die russischen Delegierten den deutschen Vorschlag, am 28. Dezember als unüberwindlich abgelehnt hätten, ist tatsächlich unrichtig. Die russischen Delegierten haben zwar Bedenken gegen die von uns vorgeschlagene Formulierung erhoben, sich indes ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß über diese Formulierung in einer Kommission weiterberaten werden solle, um eine Verständigung herbeizuführen. Zwischen uns und den russischen Delegierten war vereinbart, daß die Fortsetzung der Verhandlungen auch über die feststehenden Punkte am 5. Januar in Brest-Litowsk erfolgen sollte. Unsere Verbündeten haben unter diesen Umständen mit uns einmütig den Vorschlag der Russen nach Veränderung der Verhandlungen abgelehnt.“

Das Telegramm der russischen Delegation.

Inzwischen so sehr der Unterstaatssekretär fort, ist uns von Brest-Litowsk folgendes Telegramm eingegangen: „Am 4. Januar 10 Uhr abends ist hier das in Uebersetzung folgende kühles Telegramm eingetroffen:

„An die Herren Vorkämpfer der vier verbündeten Mächte. Die Vertretung der Verhandlungen auf neutralem Gebiet entspricht dem ersten Stand der Verhandlungen. In Anbetracht der Ankunft Ihrer Delegationen am früheren Ort der Verhandlungen wird unsere Delegation zusammen mit dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Trotski morgen nach Brest-Litowsk fahren in der Ueberzeugung, daß eine Verständigung über die Vertretung der Verhandlungen auf neutralem Boden keine Schwierigkeiten machen wird.“

Die russische Delegation.

Inzwischen ist mit den in Brest-Litowsk mit Vollmacht versehenen Vertretern der Ukraine in befriedigender Weise verhandelt worden.

Weitere tatsächliche Mitteilungen können von Seiten der Regierung heute nicht gemacht werden.

Der Vorkämpfer, Abg. Fehrenbach, schlug auf Grund dieser Mitteilungen vor, die Entscheidung über die politische Seite der Frage auszuschieben, da sie im gegenwärtigen Augenblick nicht angeht, ja bedenklich erscheint, dafür solle die Frage des Gesandtschaftsaustausches verhandelt werden. Abg. Scheidemann (Soz.) widersprach: Die politischen Verhandlungen haben ungeheures Aufsehen im Inn und Ausland erzeugt und werden überall lebhaft besprochen. Die politischen Verhandlungen des Grafen Hertling müssen schon heute entschieden zurückgewiesen werden. Vom Reichstag muß vor aller Welt ausgesprochen werden, daß er nach wie vor seine einstimmige Gebietsverletzung und jede Vergrößerung ablehnt, daß er eine Verständigung und Verständigung der Völker entsprechend der Antwort der Reichsregierung an den Russen erstrebt.

Die Sozialdemokraten wünschen zum Ausbruch zu bringen, daß sie um keines Haars Breite von ihrem Standpunkt abweichen. Abg. Haase (L. Soz.) widerspricht gleichfalls. Am besten wäre das Zusammenstehen des Plenums. Es müßte ausgesprochen werden, daß die Mehrheit die Verhandlungen des Grafen Hertling nicht teile. Durch Abstimmung wurde mit großer Mehrheit beschlossen, die Debatte abzubrechen. — Die Entscheidung wandte sich der Frage des Gesandtschaftsaustausches zu.

Zur Rückkehr der Russen nach Brest-Litowsk bemerkt die „Post“, daß man dürfte auch aus dem unermittelten Erscheinen des Ministers des Auswärtigen Trotski keine übertriebenen Schlüsse ziehen. Die russische Regierung erklärte, sie komme, um die Vertretung des Verhandlungsorgans in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die deutsche Regierung hat keine Veranlassung, ihren Standpunkt in dieser Frage zu ändern. Immerhin spreche die Tatsache, daß der Minister selbst komme, dafür, daß die Frage des Verhandlungsorgans für die Russen eine Hauptfrage bildet. Man darf gerade deshalb mit der Möglichkeit rechnen, daß, wenn im Laufe der Unterhandlung andere Fragen angeschnitten werden, der Minister ihnen nicht ausweichen wird.

Zwischenfall in Brest-Litowsk.

Der Reichskanzler sollte für seine Warnung vor Zwischenfällen in Brest-Litowsk nur allzuwenig den Berechtigungsschein erhalten. In der zweiten Ausschusssitzung nahm Graf Hertling nach einer Rede des konservativen Abg. Grafen Bismarck das Wort zu folgender Erklärung:

Der Herr Redner hat die Güte gehabt, an das zu erinnern, was ich gestern am Schluß meiner kurzen einleitenden Worte gesagt habe, daß, was gestern galt, vielleicht heute nicht mehr gelten würde, und daß wir immer mit der Möglichkeit von Zwischenfällen zu rechnen hätten. Ein solcher Zwischenfall scheint jetzt eingetreten zu sein.

Schon früher hatte wiederholt während der Verhandlungen die russische Regierung den Wunsch ausgedrückt lassen, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk verlegt und an einem neutralen Orte, etwa in Stockholm, fortgesetzt werden möchten. Jetzt ist dieser Vorschlag ausdrücklich gemacht worden. Die russische Regierung schlägt eine Verlegung der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm vor.

Ganz abgesehen davon, daß wir nicht in der Lage sind, uns von den Russen Vorlesungen über den Ort machen zu lassen, wo wir die Verhandlungen weiter führen wollen, darf ich darauf hinweisen, daß eine Verlegung nach Stockholm zu außerordentlich großen Schwierigkeiten führen würde. Ich will nur die eine Schwierigkeit anführen, daß wir die direkte Verbindung, die die handelnden Delegierten mit ihren Hauptstädten Berlin, Wien, Sofia und Konstantinopel und Petersburg haben müssen — die direkten Verbindungen, die in Brest-Litowsk angelegt sind, funktionieren gut — in Stockholm auf die größten Schwierigkeiten stoßen würde. Schon dieser eine Punkt führt dazu, daß wir nicht darauf eingehen können.

Dazu kommt, daß die Nachschaffungen der Entente, die wir uns von den Russen zu erwarten haben, sich nur auf den Ort beziehen, an dem die Verhandlungen weiter geführt werden.

Ich habe daher den Herrn Staatssekretär von Kühlmann beauftragt, diese Vorschläge abzulehnen. (Bravo!) Inzwischen sind in Brest-Litowsk Vertreter der Ukraine eingetroffen, und zwar nicht nur als Sachverständige, sondern mit Vollmacht zu Verhandlungen ausgestattet. Wir werden ganz ruhig mit den Vertretern der Ukraine weiterverhandeln.

Ich füge noch hinzu, daß von Petersburg mitgeteilt worden ist, daß die russische Regierung könne auf Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge nicht eingehen. Diese beiden Punkte beziehen sich auf die Modalitäten der Nennung der Gebiete und die Annahme der Volksabstimmung. In der russischen Presse wird uns insinuiert, daß in diesen Punkten 1 und 2 ausgedrückt sei, wie wir uns in inoffizieller Weise unserer Frage betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollten. Ich muß diese Insinuation zurückweisen. (Bravo!) Punkt 1 und 2 sind lediglich für die praktischen Erwägungen bestimmt. Wir können davon nicht abgehen.

Ich glaube, meine Herren, wir können jetzt abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Wir fühlen uns auf unsere Nachsicht, auf unsere lobende Zustimmung und auf unser gutes Recht. (Beifall des Bravos!)

Vertagung auf Sonnabend. Nach der Rede des Reichskanzlers schlug Abg. Fehrenbach vor, die Verhandlungen zu vertagen. Abg. Scheidemann schloß sich dem Vorschlage an. Abgeordneter Haase widersprach dem Vertagungsantrag. Schließlich einigte sich der Hauptauschuß auf einen Antrag Engelbrecht, wonach die Verhandlung bis Sonnabend 10 Uhr vormittags ausgesetzt wird.

Graf Bismarcks Rede. Der konservative Parteiführer Graf Bismarck, der vor dem Kanzler das Wort ergreifen sollte, führte aus, daß in seiner Partei schwere Bedenken beständen wegen der Verhandlungen in Brest-Litowsk und zwar insbesondere wegen des dort ausgesprochenen erneuten Friedensangebotes. Niemand hätte annehmen können, daß das geschehen werde, in allerweissen strellen besten Ueberzeugung und Befürwortung. Eine Veranlassung zu einem neuen Friedensangebot hätte angesichts der glänzenden militärischen Lage nicht bestanden. Es bedeute den Verzicht auf alle Errungenschaften. Die Frist sei allerdings jetzt abgelaufen und damit die Gefahr befreit. Im Auslande sei wiederum der Ansicht der Schwäche hervorgehoben worden. Es würde auch schwer sein, von der Erklärung des 25. Dezember loszukommen, auch wenn wir noch weiter militärische Erfolge erringen würden. Diese würden dadurch wirkungslos gemacht werden. Eine Gefahr, daß die Volkseinstimmung nicht zu Verhandlungen bereit gewesen wären, bestand nicht.

Was soll nun weiter geschehen? Die Hauptfrage sei, daß wir von dem Inhalte des Friedensangebotes wieder loskommen. Die Frist dürfe unter keinen Umständen verlängert werden. Das sei die dringende Forderung seiner Parteifreunde, zumal auch Zweifel an der Festigkeit der deutschen Unterhändler bei ihnen beständen. Ein Vorschlag von allen Friedensangeboten würde auch den Krieg verlängern, weil die Feinde infolge unserer Nachgiebigkeit noch immer hoffen, ihre Ziele erreichen zu können. Diese Hoffnung müsse ihnen endlich einmal genommen werden. Graf Bismarck erklärte: Auch die Konservativen wollen einen baldigen dauernden Frieden und die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland. Es sei auch zu begrüßen, daß Vertreter der Ukraine mitkamen. Ob die Besprechung der Einzelheiten hier im Ausschusse zweckmäßig sei, könne zweifelhaft sein angesichts der Zwischenfälle, die noch kommen können. Schließlich äußerte Graf Bismarck gegen die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes Bedenken.

Brest-Litowsk.

Die Vertreter des Verbundes wollen vollständig in Brest-Litowsk und verhandeln dort mit den Vertretern der Ukraine, die zum Schrecken Englands durch aus freundschaftliche Beziehungen zu den Verbundvertretern aufgenommen haben. Die russischen Delegierten hatten sich bekanntlich unter Trotski Führung von Petersburg nach Brest-Litowsk begeben und sind dort inzwischen auch bereits eingetroffen. Ihr Vorkämpfer Joffe befindet sich auch bereits im Besitze des Funkpruchs der Verbunddelegierten. Es wird darin die Antwort des Verbundes auf die russischen Vorschläge erwähnt und daran erinnert, daß die Delegationen des Verbundes zur Vermeldung einer einseitigen Festlegung die Gültigkeit dieser Vorschläge ausdrücklich davon abhängig gemacht hatten, daß sich sämtliche am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genaueren Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müßten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehntägige Frist festgelegt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundsätzen eines sofortigen Friedens bekanntmachen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten. Die Delegationen der verbündeten Mächte stellen fest, daß die zehntägige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen und von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingegangen ist.

Die Russen hatten in dem Telegramm, in dem sie ihre Rückkehr nach Brest-Litowsk mitteilten, noch nicht endgültig auf die Verlegung der Verhandlungen nach einem neutralen Ort verzichtet. Inzwischen werden sie aus den Erklärungen des Grafen Hertling entnehmen haben, daß wir „nicht in der Lage sind, uns von den Russen vorzuschreiben zu lassen, wo wir die Verhandlungen führen sollen.“ Man wird ihnen das in Brest-Litowsk wiederholen, es wäre also das Vernünftige, wenn sie ihrerseits vorweg den Verlegungsgeboten folgen ließen. Was die Frage des Selbstbestimmungsrechtes betrifft, so hat Unterstaatssekretär von dem Ausgange für den Reichskanzler im Hauptauschuß die Erklärung abgegeben, daß „dieses Recht keine Deutung finden dürfe, die lediglich von den Interessen der Entente ausgeht.“ Also auch hier wird der Standpunkt der Verbundmächte, wie er am 28. Dezember erklärt wurde, von unseren Vertretern voll aufrechterhalten werden. Man darf erwarten, daß die jüngste Rede Lloyd Georges nur dazu beitragen wird, die russische Regierung davon zu überzeugen, daß sie ihr eigenes und Auslands Heil nur von unserer Seite zu erwarten hat. Wir können dem weiteren Verlauf der Dinge nach dem auch von der Regierung als beigelegt betrachteten „Zwischenfall“ mit voller Ruhe entgegensehen.

Die russische Delegation in Brest-Litowsk. Die russische Delegation mit dem Minister des Auswärtigen, Trotski, an der Spitze, ist in Brest-Litowsk eingetroffen, wo die Verhandlungen zwischen den Bevollmächtigten des Verbundes und denen Auslands noch am Nachmittage des nämlichen Tages aufgenommen werden sollten. — Die Besprechungen mit den ukrainischen Vertretern wurden weitergeführt.

Weiterer Waffenstillstand? Der am 15. Dezember v. J. abgeschlossene Waffenstillstand zwischen Rußland und den Verbundstaaten dauert bis zum 14. Januar und läuft weiter, wenn er nicht mit siebenstägiger Frist gekündigt wird. Die Kündigung ist am 7. d. Mts. unterblieben, woraus zu schließen ist, daß auf keiner Seite die Absicht besteht, die Feindschaften am 14. Januar wieder aufzunehmen. Die Russen könnten auch gar nicht.

Mundschau.

Berlin, den 7. Januar 1918.

— König Ludwig von Bayern vollendete am Montag sein 73. Lebensjahr. Die Geburtstagsfeier wurde entsprechend dem Ernste der Zeit in aller Stille begangen. Herzliche Glückwünschtegramme vom Kaiser und allen deutschen Bundesfürsten bezogen dem erwarbigen Herrscher aber die Liebe und das Vertrauen, denen er sich im ganzen Reiche erfreut. Der Reichskanzler stattete aus Anlaß des Geburtstages dem bayerischen Gesandten einen Besuch ab.

— Unsere Feinde in Südamerika. Brasilien zeigt sich nun mehr als Trabant Wilsons. Das brasilianische Kabinett hat nämlich beschlossen, in Durchführung der von der Konferenz der Allierten

in Paris getroffenen Beschlüsse unverzüglich mit der Lebensmittelversorgung der Alliierten zu beginnen. Die Frage der militärischen Mitwirkung Brasiliens wurde gleichfalls besprochen. Admiral de Mattos wurde zum Vertreter Brasiliens im künftigen Kriegsrat der Alliierten ernannt. Militärische Kreise halten es für angebracht, die militärischen Kräfte Brasiliens im Lande selbst von französischen Offizieren ausbilden zu lassen, damit Brasilien später den Alliierten vollkommen unabhängige Hilfe bringen kann. Der belgische Geschäftsträger bemüht sich, eine südamerikanische Fremdenlegion zu bilden, die unter der Flagge der Vereinigten Staaten von Nordamerika an der Westfront kämpfen soll. Die Vertreter der südamerikanischen Regierungen unterstützen diesen Plan. — Allerdings muß man bei all diesen Bemühungen berücksichtigen, daß sie aus englischer Quelle stammen und bei ihnen wohl stark der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Der Wunsch und der Hunger nach neuem Kanonenfutter.

— Eine neue Möwe. In englischen Marinekreisen rief das Erscheinen eines neuen deutschen Raperschiffes am Südpolweg des Nordmeeres große Erregung hervor. Man weiß, daß das Schiff schon eine Anzahl guter Erfolge aufzuweisen hat, schweigt sich aber noch darüber aus. Soviel erzählt man, daß die in Frage kommenden deutschen Seeleute auf einem ganz unscheinbaren Dampfer sich befinden, der sich schon seit geraumer Zeit dauernd im Golf von Mexiko aufhält und bis zu der Insel Sofoira vor dem Kap Guardafui seine Tätigkeit erweist und die mit dem Kurs nach den indischen Gewässern steuernden Schiffe der Entente an der Weiterfahrt zu hindern versucht.

— Französische Sozialisten für sofortige Verhandlungen. Der mit unangenehmlicher Ueberzeugung gefasste Beschluß der französischen Regierung, das West-Blower Friedensprogramm der Mittelmächte keiner Beachtung zu würdigen, hat in der sozialistischen Partei, namentlich aber bei den Minoritätssozialisten große Aufregung verursacht. Das Komitee für die Verteidigung des internationalen Sozialismus, das alle Gruppen der Minoritätssozialisten vertritt, nahm einstimmig eine Entschließung an, die die Friedensvorschläge der russischen Regierung als geeignete Verhandlungsgrundlage bezeichnet und gegen ihre Ablehnung durch das französische Kabinett protestiert. Die Fortsetzung der Erklärung ist von der Zensur gestrichen.

— Der kriegsgerichtliche Sozialistenführer Frankreichs. Der frühere Munitionsminister Thomas, der nach der Haftverurteilung an die Sozialisten durch Willkür aus der Regierung ausgeschieden mußte, weil kurzzeitig in London, um dort mit Lloyd George Maßnahmen zur Bekämpfung der pazifistischen Bewegung unter den Sozialisten Englands und Frankreichs zu vereinbaren. Eine solche, fortgesetzt an Ausdehnung gewinnende Bewegung ist vorhanden trotz der Behauptung des Herrn Thomas, die Sozialisten Frankreichs forberten ausnahmslos die Fortsetzung des Krieges bis zur Vernichtung des deutschen Militarismus. Der Beschluß des französischen Gewerkschaftscongresses in Clermont-Ferrand beweist das Gegenteil. Und in England liegen die Dinge um keinen Deut anders.

— Amerika einst und jetzt. In seinem Kriege mit Frankreich wandte England Ende des 18. Jahrhunderts dieselbe Methode der Auszehrung der Zivilbevölkerung an, die es in diesem Kriege Deutschland gegenüber zu befolgen trachtete. Der damalige amerikanische Präsident Jefferson führte in einer an den Völkervereinigten Staaten in London gerichteten Note an: „Wollten wir Lebensmittel vom Transport nach Frankreich zurückhalten, so wären wir in gleicher Weise verpflichtet, Transporte auch für Frankreichs Gegner zurückzuhalten und würden so entweder uns alle Säten Europas verschließen, in denen Nachfrage nach Lebensmitteln besteht, oder uns selbst zu Teilnehmern am Kriege machen. Großbritannien mag in der Tat den Wunsch haben, ein feindliches Volk auszuhungern, aber es wird kein Recht haben, es auf unsere Kosten zu tun, oder uns zu seinem Werkzeug zu machen.“ Dasselbe, was Präsident Jefferson hier mit wörtlichen Worten ausdrückt, mault Amerika gegenwärtig aber den neutralen Staaten zu, nachdem England es vorher bereits ihnen zugemutet hat. Durch nichts wird die Haltung, die die Entente heute den Neutralen gegenüber einnimmt, bemerkbar treffend die „Rücker Morgenzeitung“, deutlich gekennzeichnet, als durch diese Gegenüberstellung der amerikanischen Neutralitätspolitik von einst und jetzt.

— Raufschau unter den Japanern. Nach amtlichen japanischen Mitteilungen hat der Gesamtumsatz von Raufschau i. J. 1916 39 Millionen Dollar betragen, gegen 13 Millionen in 1915. Der

Wert der Ausfuhr belief sich auf 20 Millionen Dollar (in 1915: 7,5 Millionen); die Einfuhr stieg von 5,5 Millionen Dollar in 1915 auf 19 Millionen in 1916. In der kurzen Zeit vom 1. Juli bis 7. September hat eine japanische Baugenossenschaft ein ganz neues Stadtviertel, hauptsächlich mit Arbeiterwohnungen, angelegt; auch sind verschiedene Werkstätten gebaut und das Verkehrsnetz von Wasser und zu Lande stark erweitert worden.

Lokales und Provinzielles.

Grottau, den 8. Januar 1918

— Auszeichnung. Dem Rautmann Karl Sohn in Grottau wurde das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

— Zur Jubiläumsfeier im Bankhause Eichborn & Co. Anlaß seines 50jährigen Jubiläums als Geschäftsinhaber des Bankhauses Eichborn & Co. hat Geheimrat von Eichborn die bei der Firma bereits bestehenden Wohlfahrtskassen um 100 000 Mark erhöht und außerdem 50 000 Mark zur sofortigen Verteilung an die Beamtenschaft angewiesen. Von den Angestellten wurde als Erinnerungsgabe eine künstlerisch ausgeführte Lederkassette, Bilder der Geschäftsbauten in Breslau und den Filialen und der berechtigten Beamtenschaft der Firma erhalten, überreicht. Die Kassette ist nach Entwurf und unter Leitung des Lehrers an der städtischen Kunstgewerbeschule Walter Paul Hampel, die einzelnen Teile von dem Gezeichneten, dem Bildhauer Goltz und dem Kunstbuchbindermeister Bösch ausgeführt worden. Die Arbeit gibt Zeugnis von der Höhe der künstlerischen Leistungsfähigkeit der Anstalt. Die Photographien entstammen dem Atelier von H. von Krespit.

— Die Zulagen für Rentnerempfänger. Nach dem Beschluß, den namentlich der Bundesrat über Zulagen an Invalidenrentner gefaßt hat, erhält der Besizer einer Invaliden- oder Krankenkasse, der auf Grund der Arbeiterversicherung, also auf der Basis einer Rentenquittung mit dem Buchstaben S (hellgrünes Papier) oder R (hellgelbes Papier) vorzeigen muß, vom 1. Februar ab 8 Mark Zulage, Witwen- und Witwen-Rentner 4 Mark. Alters- und Waisenrentner gehen leer aus. Die Zulage wird ohne besondere Anweisung durch die Post ausgezahlt. Für die Unfallrenten ist eine ähnliche erweiterte Fürsorge in Aussicht genommen. — Die Bekanntmachung über die Genehmigung der Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Waisenrente aus der Invalidenversicherung ist im Reichsanzeiger publiziert worden. Die Verordnung tritt mit dem 1. Februar in Kraft.

— Vorläufige keine Ungültigkeit der Reiseproskriktionen. Verschiedentlich hatte es verlautet, daß die Reiseproskriktionen mit dem 1. Januar 1918 ihre Gültigkeit verlieren, weil von da ab ein anderes Muster herausgegeben werden sollte. Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen, voraussichtlich werden erst am 15. Februar die Reiseproskriktionen in ihrer bisherigen Form außer Gültigkeit treten. Die Gemeinden werden dann entsprechende Bekanntmachungen erteilen.

— Vacht die Vögel nicht darben, es sind keine unnützen Presser! Scheinbar ganz unbedeutende Abfälle, die sonst in den Hofkästen wandern, lassen den Vögeln noch große Dienste. Sie danken es auch dadurch, daß sie im Frühjahr und Sommer das Ungeziefer vertilgen, das den Ertrag unserer Ernte nicht unwesentlich herabmindert.

— Zugochsen-An- und Verkauf. Es besteht kein Zweifel, daß im nächsten Frühjahr ein erhöhter Bedarf an Zugochsen eintreten wird. Schleien ist aber bekannt durch die Zucht guter, gängiger Ochsen. Trotz der verstärkten Viehabgabe werden solche doch noch in manchen Gegenden zur Abgabe vorhanden sein. Es wird daher an alle Västler, welche Zugochsen oder zum Zuge geeignete junge Ochsen besitzen, die dringende Aufforderung gerichtet, bezüglich der Angebote der Kammer einzufenden, welche, wie das bisher mit Erfolg auch auf anderen Gebieten geschehen ist, die Vermittlung zwischen Angebot und Nachfrage versuchen wird. Landwirte, welche Zugochsen kaufen wollen, werden ebenso gebeten, ihre Wünsche der Kammer ausgeben zu lassen.

— Erhöhung der Höchstpreise für Rindböcker. Die im Dezember 1916 festgesetzten Höchstpreise für Rindböcker erlitten nicht mehr den inzwischen erheblich gestiegenen Marktpreis. Der Reichsanzeiger hat daher die Höchstpreise um je 50 Mk. für die ganze Kühe oder die entsprechende Nachzucht, um 25 Mk. bei Verpachtung in Schächeln oder Koffern je 300 Stück, und die Zuschläge für impugnierte bunte und für flache Böcker um je 20 Mk. erhöht. Entsprechend sind die Kleinhändlerhöchstpreise für das Rind je 10 Schächeln um je 5 Pf. heraufgesetzt. Für eine Schachtel Eierhöckerböcker oder ähnlich empfindbare Böcker beträgt der Höchstpreis jetzt 5 Pf., früher für zwei Schächeln 9 Pf., für zwei Schächeln impugnierte bunte oder flache Böcker 11 Pf., früher für eine Schachtel 5 Pf.

— Viehweise Hergebe von Pferden durch die Truppen. Die Hergeverwaltung macht darauf aufmerksam, daß im Jahre 1918 Pferde nur in ganz beschränktem Umfang für kurze Zeit ausgeliehen werden können. Die teilweise Überlassung wird nur in dringenden Notfällen erfolgen und muß von dem Nachweise abhängig gemacht werden, daß der Empfänger nicht in der Lage ist, Pferde im freien Handel oder von der Landwirtschaftskammer zu erwerben. Bei dieser Sachlage werden sich die Landwirte nicht darauf verlassen können, daß ihnen zur nächsten Frühjahrseinstellung Militärpferde geliehen werden, und sie werden auf tun, sich bei Zeiten mit Zugtieren zu versehen. Die Hergeverwaltung wird ihnen hierbei informen entgegenkommen, als sie die Möglichkeit zum Ankauf von Pferden bei den Landwirtschaftskammern nehmen wird. Diesen werden schon in aller nächster Zeit zahlreiche, arbeitsverwendungsfähige Pferde zur Abgabe an die Land-

wirtschaft und industriellen Betriebe zur Verfügung gestellt werden.

— Verbote und erlaubte Sohlenhoner. Die Erlossohlen-Gesellschaft macht darauf aufmerksam, daß der Vertrieb der Sohlenhoner und Sohlenbewehrungen vom 1. Januar an verboten ist. Inwiefern sie nicht aus fernem Platz oder Bodenleer ausgeführt sind und nicht eine Stärke von wenigstens 2 Millimeter besitzen. Nur der Vertrieb solcher Sohlenhoner ist noch bis 28. Februar gestattet unter der Bedingung, daß die Kleinverkaufspreise für das Stück bei einer Länge von 2 bis 3 Zentimeter 4 Pf., bei einer Länge von mehr als 3 Zentimeter 5 Pf. nicht überschreiten. Aufwendung für Verpackung, Kartons und ähnliches dürfen nicht besonders berechnet werden.

— Nähharn auf Karten. Die Reichsbekleidungsstelle erläßt eine umfangreiche Bekanntmachung über die Verteilung von Baumwollnähkäden und Nähennähmaschinen an Kleinhändler, Arbeiter und Anhalter. Von allgemeinem Interesse ist nur die Art und Weise, wie die den Kleinhändlern zugeordneten Mengen an Waren den einzelnen Verbrauchern für den Hausbedarf zuzuführen sind. Es ist dies von den Kommunalverbänden zu regeln, denen vorgeschrieben ist, für jedes Vierteljahr zu bestimmen, wieviel auf den einzelnen Verbraucher entfällt. Die Kommunalverbände haben anzuordnen, daß die Abgabe in den Geschäften nur gegen Ablieferung bestimmter Bezugsscheine (A. B. Lebensmittelanzeiger), erfolgen darf, die nur im Besitz des abgebenden Kommunalverbandes gelten dürfen. Die Kleinhandelsverkaufspreise werden für jedes Vierteljahr von den Kommunalverbänden veröffentlicht.

— Die neuen Zigaretten. Vom 1. Februar ab dürfen zur Verteilung von 1000 Zigaretten höchstens 350 Gramm Tabak und 100 Gramm Erbsenmehl verwendet werden. Die Zigaretten werden also etwas kleiner werden, eine Verminderung der Produktionszahl wird aber nicht eintreten.

— Der Lehrling am Fernsprecher. Es kommt täglich vor, daß im geschäftlichen Verkehr ein gerade in der Nähe des Fernsprechers befindlicher Lehrling eine Mitteilung entgegennimmt. Rechtserhebliche Kraft hat eine solche indessen nicht, wie eine unläufig ergangene Entscheidung des Oberlandesgerichts Braunschweig besagt, es ist denn, daß der Lehrling mit der Vertretung des Prinzipals beauftragt war.

— Münzen als Kleingewichte. Infolge der Beschlagnahme der Metalle und weil jetzt in der Zeit der Abgabe kleiner Nahrungsmittelmengen aus häufiger Kleingewichte gebraucht werden, ist daran vielfach ein Mangel eingetreten, der sich im geschäftlichen Leben bemerkbar macht. Da ist es von Interesse, darauf hinzuweisen, daß beim Fehlen von Gewichtsstücken häufig Wägen ausbessern können. Es wiegen ein Einpfennigstück 2 Gramm, drei Zweipfennigstücke 10 Gramm, zwei Fünfpfennigstücke 5 Gramm, ein Zehnspfennigstück 4 Gramm, neun Einbahnpfennigstücke 25 Gramm, neun Einbahnpfennigstücke 50 Gramm, neun Zweipfennigstücke 100 Gramm, ein Dreipfennigstück 17 Gramm, neun Fünfpfennigstücke 250 Gramm. Mit unseren Münzen lassen sich also ziemlich viel Kleingewichte erzeugen.

Oppeln, 7. Januar. Erfolgreiche Hausführung. Bei dem Händler Siegfried Krosauer in der Oberstadt hat, dem „Opp. Nachr.“ zufolge, durch eine Hausführung mehrere Töchter Hagen und Weizen zutage gefördert worden, die man beschlagnahmte. Es wurde festgestellt, daß Krosauer und seine beiden Söhne einen lebhaften Getreidehandel betrieben; das aufgekaupte Getreide ließen sie heimlich in verschiedenen Mäßen des Landkreises ohne Nachschauen mahlen und das Mehl setzten sie in Oppeln ab. Auch mit Butter und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen hatten sie gehandelt. Schließlich wurde im Keller des Krosauer'schen Hauses eine Geheimkuchentisch entdeckt, in der schon mehrfach Mäßen geschlachtet worden waren, deren Fleisch man „verschoben“ hatte. Die weitere Untersuchung, die sich natürlich auch gegen Krosauer's Geschäftsfreunde bei diesen Unternehmungen richtet, ist im Gange.

Tarnowitz, 7. Januar. Jugendliche Selbstschranzlader. In die Geschäftsräume der Bergvermahlung der Oberhütte, Eisenhüttenbedarfsl.-G. wurde ein Einbruch verübt. Der eingemauerte Selbstschrank wurde demoliert und aus ihm gegen 1000 Mark gestohlen. Die Diebe, zwei Schloßschreiner, sind ermittelt. In ihrem Besitz fand man nur noch 400 Mark.

Sindenburg, 6. Januar. Freigelassen. Der wegen Verbalges der Verletzung an dem bekannten Churmer Doppelkard verhaftete Gehilfenleiterer Knopf von hier ist wieder freigelassen worden, da er durch die eingehende Hugenbernerklärung genügend entlastet wurde. Dagegen sollen nunmehr gegen andere Personen Verdachtsmomente vorliegen.

Myślowitz, 7. Januar. Specksmuggel. Auf Veranlassung des Kriegswunderamtes nahm die Polizei bei dem Händler Jank in der Entengasse eine Durchsuchung der Räume vor, wobei im Keller 40 Btl. aus Rußland eingeschmuggelter Speck aufgefunden und beschlagnahmt wurden.

Breslau, 6. Januar. Bluterguss. Ein tragisches Ende fand letzter Tage der Fleischhauer Paul Kline von hier. Nachdem er die Wunden des Halses glücklicherweise überstanden hatte und mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden war, wurde er infolge einer Krankheit nach der Heimat entlassen. Vor einigen Tagen hatte er sich bei einem Vorderer rücken lassen und war dabei ein wenig in die Oberlippe geschnitten worden. Obwohl die Wunde nur ganz gering schien, schwoll die Lippe unmittelbar danach an, daß er unter heftigen Schmerzen einen Arzt zu Rate ziehen mußte. Der Arzt stellte Bluterguss fest, und trotz aller angewandten Mittel war es nicht möglich, den alten Krieger am Leben zu erhalten. Er verstarb nach qualvollen Tagen.

Langenbielau, 6. Januar. Raubmord. Der Schauplatz eines furchtbaren Raubmordes war hier das im Niederort belegene Feldsche Hausgrundstück. Dort fanden Hausbewohner die 74 Jahre alte Rentnerin Schreiber in ihrer Wohnung in einer großen Hülle liegend ermordet auf. Ihr Körper war durch eine Anzahl Stiche und Schüttwunden schrecklich zugerichtet. Die Verhältnisse waren

erbrochen, durchwühlt und beraubt. Nach den vorgefundenen Anzeichen muß ein erbitterter Kampf zwischen dem Mörder und seinem Opfer stattgefunden haben. Am Hals hatte sie nicht weniger als 14 Wunden, die von Messerflüchen herrührten. Aber auch an den Händen und im Gesicht zeigten sich Kratzenwunden. Nach den bisherigen Ermittlungen scheint der Raubmord bereits am letzten Sonntag und zwar in der Zeit zwischen 8 und 9 Uhr abends verübt worden zu sein. — Unter dem Verdacht der Täterschaft wurde ein Mitbewohner des Hauses, der Spinnereiarbeiter Jänke verhaftet und in das Gerichtsgefängnis in Neichenbach überführt.

Glogau, 6. Januar. Eine Steuerhinterziehung in Höhe von 9900 Mark wird dem Handelsmann Ernst Krause aus Grünberg zur Last gelegt. Er soll falsche Steuererklärungen abgegeben haben. Der Angeklagte gibt zu, sein Vermögen bei der Wertsteuer schon um 50 000 Mk. zu niedrig angegeben zu haben; einen Kriegsgewinn habe er nicht gehabt, da das von ihm betriebene Handelsgeschäft einseitig eingeengt worden sei. Das Urteil lautete auf 21 377,20 Mark Geldstrafe.

Glogau, 7. Januar. Aus dem Zuge geführt und tödlich verunglückt ist auf der Straße Glogau-Reppen am Donnerstagabend eine polnische Saisonarbeiterin. Das Unglück ereignete sich in der Nähe von Kößlitz mit dem um 6,07 Uhr von Glogau abfahrenden Personenzug. Auf bisher noch nicht ermittelte Weise stürzte die Frau aus dem Zuge. Durch das Schreien ihrer zurückgebliebenen Kinder wurden die Mitreisenden auf den Zwischenfall aufmerksam. Nachdem der Zug zum Stehen gebracht wurde, die Strecke abgesperrt und man fand die unbekannte Frau als Leiche.

Bunzlau, 6. Januar. Der bestohlene Goldschmiedhammer. Kürzlich wurden in Giesmannsdorf

1200 Mark gestohlen. Der Bestohlene verschwand den Diebstahl; es befand sich unter dem gestohlenen Gelde 1000 Mark Gold.

Vermischtes.

— Der Einbruch in Schloß Wilhelmshöhe beschäftigte die Strafammer des Landgerichts Kassel. Der Angeklagte, der 17 Jahre alte Oberreiter Karl Walther, der in einer Sturmnacht Ende November in das kaiserliche Schloß Wilhelmshöhe eingedrungen ist und eine Anzahl von seltenen Uhren, Bronzen, Waffen u. dgl. entwendet hat, wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Schlechter kam der Antiquar Nabel weg, ein geborener Russe, der dem Dieb die entwendeten Kunstschätze abgenommen hat; ihn verurteilte die Strafkammer zu 18 Monaten Zuchthaus.

— Das buraunkrautische Amtsgericht. Ein unglaublicher Fall von Buraunkrautismus wird der Nationalkammer aus Alvensleben berichtet. In das Amtsgericht wurde vor zwei Wochen ein Einbrecher eingeliefert und seine Beute, nämlich ein Zopf Fleisch, ein Brot und ein großer Käse vom Gericht in Verwahrung genommen. Die Bestohlene aber möchte begreiflicherweise ihr Eigentum bald wieder zurückhaben, einmal weil sie und ihre Kinder Hunger haben und ein anderes Brot doch nun einmal nicht bekommen können, und zweitens, weil die Sachen sonst verderben. Das Gericht aber ist anderer Meinung: Was die bestohlene Familie nichts zu essen haben, und mögen die Lebensmittel auf dem Gerichtsboden verderben, sie haben in Verwahrung des Gerichts zu bleiben bis zur Aburteilung des Einbrechers, da sie, trotzdem der Fall ganz klar liegt, als Beweisobjekte zu dienen haben!

— Große Paketdiebstähle in Konig. Umfangreiche Paketdiebstähle sind in Konig aufgedeckt worden. Es

handelt sich um eine ganze Diebesgesellschaft, die in letzter Zeit besonders vor den Weihnachtseierlagen, große Mengen wertvoller Postpakete vom Bahnhof Konig gestohlen oder ihres Inhaltes beraubt hat. Bisher sind 12 Personen verhaftet. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

— Ein neunzehnjähriger Turner. Das älteste Ehrenmitglied der Turngemeinde Berlin, August Leisinger, konnte in diesen Tagen in voller Mäßigkeit, sowohl körperlich wie geistig, sein neunzigstes Lebensjahr vollenden. Seit dem 6. Januar 1851 der Turngemeinde angehörig, hat er alle Jahrgänge hindurch als Turner, Helfer und Richter bis in die letzten Jahre nicht nur an den Festen und den sonstigen Vereinsleben, sondern auch an allen Übungen selbstausübend Anteil genommen.

— Einer, der nicht mitmacht. Auch die Schweiz hat dem Zwange der Zeit gehorchend, Brot- und Mehlkarten, polizeiliche Regelung der Bäckereibetriebe usw. einführen müssen. Ein Bäckermeister in Luzern ist jedoch nicht gewillt, diese Neuerungen mitzumachen. Er schlug an den geschlossenen Laden seines Geschäftes folgenden zeitgemäßen Vers:

„Sei man Karten braucht für Brot
hat der Bäder Müß und Not.
Brotkontrolle, Mehlzettel,
Nach Gehalt verpackt und Sorten
Müssen alle Nummern sein.
Und steht auf den Füßen
Wird man uns die Fäden reifen,
Sperrt am Ende uns gar ein.
Das kann keinen Bäder freu'n.
Nicht mehr Arbeit, wenig Geld,
Darin wird hier eingestellt!“

Schriftleitung Erich Seifert, Ernst Neugebauer Nachf., Grottkau.

Bekanntmachung.

Infolge eingetretener Knappheit an Gasohle sind wir zur folgenden Anordnung gezwungen:

1. Sämtliche Läden und Geschäfte mit Ausnahme der Kolonialwaren-, Lebensmittel- und Friseurgeschäfte haben um 5 Uhr abends zu schließen.

Für die Kolonialwaren-, Lebensmittel- und Friseur-Geschäfte wird der Ladenschluß auf 6 Uhr abends festgelegt. Nach Ladenschluß ist die Gasbeleuchtung auch in den etwa vorhandenen Kontor-Räumen einzuschalten.

2. Die Hauswirte haben um 8 Uhr abends die Haustüren zu schließen und die Gasbeleuchtung auszuschalten.

3. Der Gebrauch der Gasheerde und der Gasheizöfen ist streng verboten.

4. Die Hotels und Gastwirtschaften haben in den Gasträumen die Gasbeleuchtung um 10 Uhr nachts einzuschalten.

Am Sonnabend und Sonntag hat dies spätestens um 11 Uhr nachts zu erfolgen.

Weitere Einschränkungen, wie sie bereits in anderen Städten bestehen, sind in Aussicht genommen.

Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung wird die Gasleitung für längere Zeit gesperrt.

Diese Anordnung tritt mit dem 8. Januar 1918 in Kraft. Grottkau, den 8. Januar 1918.

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung,

betreffend die Entrichtung des Warenumschlagstempels für das Kalenderjahr 1917.

1. Auf Grund des § 161 der Ausführungsbestimmungen zum Reichs-Stempelgesetz werden die zur Entrichtung der Abgabe vom Warenumschlag verpflichteten gewerbetreibenden Personen und Gesellschaften in der Stadt Grottkau aufgefordert, den gesamten Betrag ihres Warenumschlages im Kalenderjahr 1917 bis spätestens zum Ende des Monats Januar 1918 bei der unterzeichneten Steuerstelle schriftlich oder mündlich anzumelden und die Abgabe gleichzeitig mit der Anmeldung einzuzahlen.

Mit der Entgegennahme der Anmeldungen und der Abgabe ist die Kassenkasse betraut.

2. Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues sowie der Bergwerbetriebe.

3. Beträgt sich der Jahresumsatz auf nicht mehr als 3000 Mark, so besteht eine Verpflichtung zur Anmeldung und eine Abgabepflicht nicht. Für Betriebseinkäufer, deren Warenumsatz nicht erheblich hinter 3000 Mark zurückbleibt, empfiehlt es sich, zur Vermeidung von Erinnerungen, eine die Nichteinreichung einer Anmeldung begründende Mitteilung zu machen.

4. Wer der ihm obliegenden Anmeldepflichtung zuwiderhandelt oder über die empfangenen Zahlungen oder Einnahmen wesentlich unrichtige Angaben macht, hat eine Geldstrafe zu erwarten, welche dem zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Abgabe gleichkommt. Kann der Betrag der hinterzogenen Abgabe nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 150 Mark bis 30 000 Mark ein.

5. Zur Erfüllung der schriftlichen Anmeldung sind Vordrucke zu verwenden. Sie können bei der unterzeichneten Steuerstelle kostenlos entnommen werden.

6. Steuerpflichtige sind zur Anmeldung ihres Umsatzes verpflichtet, auch wenn ihnen Anmeldevordrucke nicht zugegangen sind. Grottkau, den 30. Dezember 1917.

Der Magistrat.

Holz-Verkauf.

Mittwoch, d. 9. Januar 1918

vormittags um 9 Uhr, steht im hiesigen Forste in den sogenannten Fichten an der Mittel-Allee zum Verkauf nachgekaufter Föhler auf's Meißelholz Zerm in an:

An Hutholz: 30 Stück Eichenholzstangen.

An Brennholz: 8 rm Eichenholz, 350 „ Kiefern- und Fichtenholz und Holzholz, 15 Stück Fichtenbänke, 2 Schot Fichtenbaum.

Die Verkaufsbedingungen werden vor dem Termine bekannt gemacht werden.

Sammelplatz vormittags 9 Uhr auf der Mittel-Allee in den großen Fichten.

Grottkau, den 29. Dezember 1917.

Der Magistrat.

Laub- und Nadelnholz

kauft jeden Posten

Ewald Tschanner, Der-Glogau D.-S.

Sägespähne

(weiche) zum Streuen ca. 5 Fuhren, per Str. mit 2 Mark abzugeben

P. Neumann.

Einfache, alleinlebende Frau

wird für bald gesucht zum Aufnehmen und Kochen für Rentamtsbeamte. Bedingungen sind zu richten an die

Gräfliche Güterdirektion

Endersdorf, Nr. Grottkau.

Geht ein Hausmeister

der im Stande ist, die Wäscheleitung in Ordnung zu halten, und sauber und ehrlich ist. Max Anders, Ring 45.

Bessere Wohnung

und großer Laden

sofort zu vermieten von Arthur Laqua.

Promenade Nr. 67 ist der

2. Stock

zu vermieten. 5 Zimmer, Küche, Entree, Balkon, Gas u. Garten. Näheres durch

Max Anders, Ring 45.



Heut vormittag 6 1/2 Uhr starb plötzlich meine inniggeliebte Frau, unsere gute Schwester, Schwägerin, Pflegemutter und Tante,

Frau Stellmachermeister

Pauline Rother

Dies zeigt schmerz erfüllt an

Josef Rother.

Beerdigung findet Freitag, den 11. Januar, früh 10 Uhr statt.



Heut starb plötzlich unsere verehrte Hauswirtin

Frau Pauline Rother.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Grottkau, den 8. Januar 1918.

Die Mieter des Hauses Königsstrasse 106.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, welche uns bei dem Hinscheiden unsrer lieben Mutter,

Frau Ottilie Anders

entgegengebracht worden sind, sprechen wir hiermit ein herzliches „Gott vergelt's“ aus.

Grottkau, den 8. Januar 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Der 2. Schuhkursus

von Frau Langer findet am 14., 15. und 16. Januar, von 1/2-5 Uhr und von 7-10 Uhr in der Fach-Schule statt. Das Lehrgeld beträgt 3 Mark. Anmeldungen nimmt Frau Wandrey entgegen.

Markttaschen

empfiehlt in großer Auswahl Kaufhaus M. Breslauer.

Schwarzer Blusch-Muff

am Freitag Abend verloren. Gegen Belohnung abzugeben bei Albert Müller, Goltendorfer.

Verkaufe Meyer's

Conversations-Lexikon.

Albrecht, Weidmannsruß.

Eine kleine Stube

ist möbliert oder unmobliert zum 1. Februar zu beziehen bei Rosner.

Kaufe jeden Posten

Rothklee, Gelbklee, Weißklee, Schwedenklee, auch Abfälle und Grassamen

und erbitte bemessene Angebote.

Thüringer Samenhandlung Neisse.